

An die
Mitglieder der
vorberatenden Kommission
des Grossen Rates

Frauenfeld, 12. Februar 2014

RÜCKMELDUNG VON BILDUNG THURGAU ZUM BERICHT ZUR ENTWICKLUNG DES THURGAUER BILDUNGSWESEN 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin der vorberatenden Kommission des Grossen Rates
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Bildung Thurgau hat wiederum mit grossem Interesse den Entwicklungsbericht 2013 gelesen. Der Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer dankt dem Regierungsrat und insbesondere Frau Regierungsrätin Monika Knill und ihren Mitarbeitenden im Departement für Erziehung und Kultur für ihre umfassende und sorgfältige Arbeit.

Die Lehrerschaft begrüsst die erneute Verfassung eines Berichts zum Bildungswesen. Der Entwicklungsbericht 2013 ist informativ, beleuchtet interessante Aspekte und gibt einen guten Überblick. Es ist in der heutigen Zeit unabdingbar, laufende Entwicklungen und Reformen im Sinne einer Standortbestimmung aufzuzeigen und zu erläutern. Die aktuellen und kommenden Entwicklungsprojekte werden übersichtlich und gestrafft dem Parlament und der Öffentlichkeit dargelegt. Dass die Umsetzung einzelner Projekte und Entwicklungen mit Chancen, aber auch mit Schwierigkeiten verbunden ist und teilweise grosse Unterschiede in den Schulgemeinden vorhanden sind, ist aus Sicht der Lehrerschaft im Bericht zu wenig ersichtlich. Wichtige Themen wie Integration, Umgang mit Heterogenität oder die Zusammenarbeit mit Eltern, welche die Thurgauer Lehrpersonen in ihrem Berufsalltag herausfordern und zeitlich, physisch sowie mental sehr belasten, werden auch in diesem Bericht nur ansatzweise erwähnt.

Gerne übermitteln wir Ihnen daher zuhänden Ihrer Beratungen die Sichtweise der Lehrerinnen und Lehrer des Kantons Thurgau und danken Ihnen für deren Berücksichtigung in Ihren Diskussionen.

Vorwort der Chefin des Departements für Erziehung und Kultur

Seite 4: Mittelverknappung bei den Staatsfinanzen

Bildung Thurgau vermisst bezüglich Mittelverknappung der Staatsfinanzen den wichtigen Hinweis, dass in den letzten Jahren die Ausgaben (Steuerfranken) in der Bildung prozentual zu den Gesamtausgaben des Kantons kontinuierlich von 31 Prozent im Jahre 2008 auf 27 Prozent in den Jahren 2011 und 2012 sanken.

Irritiert zeigt sich der Verband der Lehrerinnen und Lehrer Thurgau von der Aussage, dass besonders auch im Volksschulbereich die gegebenen Mittel effizient und nachhaltig einzusetzen und optimale Rahmenbedingungen für den Bildungserfolg zu schaffen seien. Die Abbildung 20 auf Seite 29 zeigt deutlich, dass in der Primarschule der Aufwand pro Schülerin und Schüler gesunken ist. Die Erhöhung der Ausgaben pro Schülerin und Schüler im Kindergarten und der Sekundarstufe I führt Bildung Thurgau auf die Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zurück, bzw. auf die Einführung der Blockzeiten und der Durchlässigen Sekundarstufe gekoppelt mit dem Rückgang der Schülerzahlen.

Das finanzpolitische Gebot, dass «Wesentliche vom Wünschbaren zu trennen», dabei aber aus Sicht von Bildung Thurgau unsere wichtigste Ressource in der Schweiz – eine qualitativ hohe Bildung einer breiten Bevölkerungsschicht – nicht aus den Augen zu verlieren, sollte für alle Ebenen der Bildung gelten, inklusi-

ve Bildungsverwaltung und weiterer Staatsausgaben. Bildung ist und bleibt der einzige Rohstoff in der Schweiz und ist der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Mögliche Sparmassnahmen müssen daher sehr genau auf ihre nachhaltigen und längerfristigen Wirkungen geprüft werden.

Es ist für die Lehrerschaft nicht nachvollziehbar, dass während Jahren die Steuern für Unternehmen und Reiche (siehe Dossier Nr. 99 des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes «Fragwürdige, schädliche Sparmassnahmen in den Kantonen») überdurchschnittlich gesenkt werden und sich nun das Vorwort des siebten Bildungsberichtes mehrheitlich um finanzielle Einsparungen im Bildungsbereich dreht. Angesichts der Einführung des Lehrplans 21, die der gesamten Volksschule viel abverlangt wird, befremdet diese Gewichtung.

Die anerkennenden Worte, dass die Lehrpersonen massgeblich zum Bildungserfolg beitragen und dass gute Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen ein wichtiges Anliegen des Kantons sind und bleiben müssen, nimmt Bildung Thurgau gerne und dankend zur Kenntnis.

Der geplante Vierjahresrhythmus bei der Erstellung der kommenden Bildungsberichte wird begrüsst.

1. Rückblick auf den Bericht 2011

Seite 8: 1.1. Bilanz

«Die Thurgauer Bildungslandschaft steht auch im Zeitraum 2011 – 2013 im Zeichen der Konsolidierung.» Diese Aussage ist auf Ebene Bildungsverwaltung nachvollziehbar, nicht aber auf der Ebene «Umsetzung» bei den Lehrpersonen. Dies wird mit der nachfolgenden Aussage im Bildungsbericht auch bestätigt: «Schulentwicklungsprojekte wachsen primär auf der Ebene einzelner Schulgemeinden. Ziel ist, den Schulgemeinden weiterhin einen hohen Autonomiegrad zu gewähren.» Mit den departementalen und gesetzlichen Vorgaben wie der Erstellung eines Förderkonzeptes oder der Einführung von Blockzeiten wurden weiterhin gewichtige Schulentwicklungsprojekte seitens Kantons lanciert, welche zusammen mit der hohen Autonomie der Schulgemeinden viele Sitzungen und Arbeitsprozesse in den Schulen vor Ort verursachten. Seitens Lehrerschaft stellt sich weiterhin die berechnete Frage, welche konkreten, positiven Auswirkungen die einzelnen kantonalen und lokalen Schulentwicklungsprojekte auf den einzelnen lernenden Schüler oder Schülerin haben. Deren Bildungserfolg sollte im Zentrum stehen.

Rund um die politisch geforderten Einsparungen bei den Kantonsausgaben stellt sich aus Sicht von Bildung Thurgau auch die Frage, wie viele Kosten diese hohe Autonomie der Schulgemeinden, bzw. dieser Föderalismus verursacht.

Obwohl seit Inkrafttreten des revidierten Beitragsgesetzes der Kanton deutlich höhere Beiträge an die Schulgemeinden übermittlelt, ist dies häufig für die Klassenlehrpersonen nicht sichtbar. In einigen Schulgemeinden sollen sogar Leistungen abgebaut worden sein.

2. Gesellschaftlicher Kontext und wirtschaftliche Entwicklung

2.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Seite 14: Sozialhilfe

Die Zahlen zur Sozialhilfe zeigen, dass mehr als ein Viertel der Bezüger in Kanton Thurgau Kinder und Jugendliche sind. In diesen Familien dürfen auf keinen Fall staatliche Sparübungen stattfinden. Die gesellschaftliche und berufliche Integration dieser über tausend im Kanton Thurgau wohnhaften Kinder und Jugendlichen ist bereits deutlich gefährdet.

3. Kooperation im Schweizer Bildungswesen

Keine Anmerkungen seitens Bildung Thurgau.

4. Übergreifende Themen

Seite 19: 4.1. Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Die von der Fachstelle KJF unterstützten Projekte werden übersichtlich dargestellt und dadurch gewürdigt. Da es sich meist um lokale Projekte handelt, können daraus auch sehr viele weisse Flecken im Kanton Thurgau abgeleitet werden. In diesen Gemeinden sind entweder noch keine Initiativen gestartet oder nicht gemeldet worden. Bildung Thurgau unterstützt explizit aus schulischer Sicht Projekte in den politischen Gemeinden in den Bereichen Frühe Förderung, Familienergänzende Kinderbetreuung, Integration, Jugendförderung und Kindes- und Jugendschutz.

Es ist der Lehrerschaft – wie auch in anderen Bereichen – wichtig, dass die zur Verfügung stehenden Gelder hauptsächlich für Projekte zugunsten der Betroffenen eingesetzt werden und nicht für Verwaltungsaufgaben oder teure Flyer und Plakate.

Seite 20: 4.2. Erziehung, Bildung und Wertevermittlung

Bildung Thurgau unterstützt die departementalen, klaren und gut formulierten Aussagen zur Erziehungsaufgabe und deren Abgrenzung gegenüber den Erwartungen und Forderungen der Gesellschaft vollumfänglich.

Seite 20: 4.3. Konflikt- und Krisenmanagement

Bildung Thurgau dankt dem Departement für Erziehung und Kultur ausdrücklich für den Aufbau der Abteilung Schulpsychologie und Schulberatung. Diese und das schulische Kriseninterventionsteam SKIT mit einem für Notfälle und Krisen rund um die Uhr zur Verfügung stehenden ganzheitlichen Unterstützungs- und Beratungsangebot für die Schulen bieten eine nicht mehr wegzudenkende Unterstützung für Lehrpersonen. Die durch die gesellschaftlichen Veränderungen bedingten anspruchsvollen und herausfordernden Situationen für Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen können damit teilweise geordnet, entflechtet und gelöst werden. Diese konkrete und praxisnahe Unterstützung darf auf keinen Fall dem Rotstift zum Opfer fallen.

Seite 21: 4.4 Begabungs- und Begabtenförderung

Bildung Thurgau unterstützt und begrüsst Begabungs- und Begabtenförderung. Für die gelingende Umsetzung und Förderung ist es aber zwingend, dass der Kanton den Lehrpersonen konkrete und praxisnahe Unterstützungsangebote anbietet. Begabungs- und Begabtenförderung erfordert individualisierte und differenzierte Lernangebote. Hier leisten die heilpädagogischen Lehrpersonen wertvolle, unverzichtbare Unterstützung.

Seite 21: 4.5 Gesundheitsförderung

Bildung Thurgau dankt dem DEK für seine wichtigen und nachhaltigen Anstrengungen und die Unterstützung von Projekten des übergreifenden Themas Gesundheit und Gesundheitsförderung. Schulen, welche sich in diesem Bereich weiter entwickeln möchten, finden ein stufengerechtes Angebot. Lehrpersonen werden mit motivierenden Ideen und Unterrichtseinheiten konkret entlastet. Das Angebot «Open Sunday» ist eine wichtige Massnahme, um der Bewegungsarmut eines Anteils der Kinder und Jugendlichen zu begegnen und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu initiieren. Auch im vergangenen Jahr haben viele Kindergärtnerinnen das Projekt Purzelbaum genutzt und mitgeholfen, die Gesundheitsförderung aktiv zu unterstützen. Bildung Thurgau begrüsst den Weiterzug eines angepassten Projektes für die Primarstufe. Auch die Überarbeitung der Richtlinien für die schulärztliche Tätigkeit wird von der Lehrerschaft unterstützt. Dabei muss besonders auf die Prävention und die frühzeitige Identifikation von Risikokindern und – jugendlichen geachtet werden.

Seite 23: 4.7 Kulturelle Angebote für Schulen

Bildung Thurgau begrüsst das neue Projekt «kultur & schule thurgau», welches die zahlreichen bereits vorhandenen Kulturvermittlungsprojekte mit einer Datenbank den Lehrpersonen zugänglicher gemacht werden sollen. Mittels interessierter Lehrpersonen vor Ort sollen die Regelklassenlehrpersonen eine umfassende und prägnante Information und Beratung über die bestehenden kulturellen Angebote und Dienstleistungen erhalten.

Es ist wichtig, dass insbesondere die Schulleitungen kulturelle Angebote in den Schulen fördern.

Bildung Thurgau dankt dem Regierungsrat und dem Kulturamt, dass Schulen beim Besuch einer kulturellen Veranstaltung finanziell mit einem Beitrag aus dem Lotteriefonds unterstützt werden.

Volksschule

Statistisches Portrait

Seite 29 bis 31: Bildungsausgaben

Die Abbildung 20 auf Seite 29 zeigt deutlich, dass in der Primarschule der Aufwand pro Schülerin und Schüler gesunken ist. Die Erhöhung der Ausgaben pro Schülerin und Schüler im Kindergarten und der Sekundarstufe I führt Bildung Thurgau auf die Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zurück (Einführung Blockzeiten oder durchlässige Sekundarschule I gekoppelt mit Rückgang der Schülerzahlen).

Bildung Thurgau begrüsst und unterstützt aus Sicht der Lehrerschaft die wichtigen Erläuterungen auf den Seiten 30 und 31 betreffend Erfassung von Finanzdaten im Bildungsbereich und deren nicht umsetzbare oder mindestens sehr vage Interpretation bezüglich Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern.

5. Volksschule

5.2 Entwicklungsbereiche

5.2.1 Stand der Arbeiten:

Seite 34: Sprachenkonzept

Die betroffene Lehrerschaft im Kanton Thurgau insbesondere die Lehrpersonen der Mittelstufe und der Sekundarstufe I schätzen die Situation mit zwei Fremdsprachen aus verschiedenen Gründen weniger optimistisch ein. Zwei Fremdsprachen bedeuten eine markant erhöhte Sprachlastigkeit in der Primarschule und verursachen einen erheblichen Stoffdruck, der sich auch in sehr sprachlastigen Hausaufgaben niederschlagen. Auch die Zeitgefässe in den musischen Fächern werden durch zwei Fremdsprachen bedrängt. Dass für leistungsschwächere Kinder Entlastungs- und Fördermassnahmen (z.B. Lernzielanpassungen) zur Verfügung stehen, überzeugt nur teilweise. Lernzielanpassungen sind einschneidende Entscheide und werden in den Fremdsprachen nur selten vollzogen.

Es fällt auf, dass in Berichten von Bildungsforschern immer nur von der Freude der Kinder gesprochen wird, über die Qualität des Outputs aber häufig nichts gesagt wird. Im ersten Jahrgang mit zwei Fremdsprachen an der Sekundarstufe im Kanton Thurgau moniert die Sekundarlehrerschaft nun aber bereits Defizite in allen Sprachen (Deutsch, Französisch und Englisch).

Leider wurde der in diesem Zusammenhang am 3. Juni 2012 eingereichte, nachfolgende Antrag von Bildung Thurgau im Departement für Erziehung und Kultur nicht vollständig umgesetzt:

«Im Zusammenhang mit der Interpellation Gesamtsprachenkonzept stellt Bildung Thurgau den Antrag, dass die Fremdsprachen Französisch und Englisch nicht nur auf der Primarstufe, sondern auch auf der Sekundarstufe evaluiert werden, um Grundlagen für die Diskussion über den Effekt des frühen Fremdspracherwerbs im Thurgau zu erstellen und somit die Diskussion zu versachlichen. Um vergleichbare Daten zu erhalten, ist es zwingend notwendig bereits die aktuellen Jahrgänge an der Sekundarschule in beiden Fremdsprachen zu testen. Nur so können anschliessend schlüssige Aussagen zum frühen Fremdspracherwerb gemacht werden. Im Schuljahr 2012/13 tritt der letzte Jahrgang ohne Frühenglisch in die Sekundarschule über. Damit die Daten schliesslich nicht nur von einem Jahrgang erhoben werden, ist es nötig, so rasch als möglich mit der Erfassung zu beginnen. Gerade die Aussage, dass das Frühenglisch auch positive Auswirkung auf den Drittspracherwerb hat, kann nur so überprüft werden.

Weiter ist Bildung Thurgau auch an den Resultaten der Studie zur Einführung des Frühfranzösisch interessiert, damit ein zusätzlicher Vergleich zum Thema Zweitspracherwerb möglich ist.»

Seite 34: ICT im Unterricht der Primarschule

Die Einführung des ICT-Unterrichtes ist über einen finanziellen Anreiz für die Schulgemeinden gestaltet worden. Die notwendigen Rahmenbedingungen in der Studententafel wurden aber nicht vorgenommen. So kämpfen nun die Lehrpersonen mit zusätzlichen Lerninhalten ohne über die nötigen Zeitgefässe zu verfügen. Entsprechend unterschiedlich gestaltet sich der Einsatz der doch sehr teuren Infrastruktur in den

einzelnen Klassen einer Primarschule. Da auch die Einführung nicht zwingend vorgeschrieben wurde und daher nicht flächendeckend ist, werden die Lehrpersonen der Sekundarstufe mit sehr heterogenem Vorwissen der Schülerinnen und Schüler konfrontiert.

Seite 35: Lokale Projekte

Es ist richtig, dass die Schulgemeinden vor Ort mit lokalen Projekten auf die gesellschaftliche Entwicklung vor Ort reagieren können. Bildung Thurgau vermerkt aber in diesem Abschnitt, dass die bewusst genutzte Altersdurchmischung oftmals kein pädagogisches Entwicklungsthema, sondern ein strategischer und finanzpolitischer Entscheid der Schulbehörde und Schulleitung ist.

Seite 35: Sonderpädagogik

Bildung Thurgau unterstützt die integrativen Sonderschulungen (IS), wenn sich alle Beteiligten damit einverstanden erklären. Die dargelegte quantitative Entwicklung von 101 von insgesamt 811 Schülerinnen und Schülern ist erfreulich und zeigt, dass die Integration trotz eines erheblichen Mehraufwandes der betroffenen Lehrpersonen mitgetragen wird. Umso mehr muss in den nächsten Jahren auf finanzpolitischer Ebene zwingend darauf geachtet werden, dass die zeitlichen und emotionalen Ressourcen der Lehrpersonen nicht überstrapaziert werden. Dies wäre der Fall, wenn die kindbezogene Finanzierung der sonderpädagogischen Aufwendungen noch strikter begrenzt werden würde oder die Ausführung der Massnahmen anstelle von speziell dafür ausgebildeten Lehrpersonen wie die Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen durch nicht dafür in diesem Kontext ausgebildetem Personal federführend an den Regelklassenlehrpersonen hängen bleibt.

Seite 36: Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden

«Im Sommer 2013 bestand nur bei den Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen ein gewisser Mangel.» Diese Aussage bezieht sich vermutlich auf die *ausgeschriebenen* Stellen. Tatsache ist, dass Stellen kaum ausgeschrieben werden, weil sich keine qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber melden. Mit der geplanten regierungsrätlichen Absicht, Schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auf der Primarstufe ein Lohnband tiefer einzureihen, wird dieses Berufsfeld sicherlich nicht attraktiver. Auch die Konkurrenzfähigkeit im Bildungsraum Ostschweiz wird mit dieser Herabstufung nicht hergestellt, bzw. deutlich vermindert. Es kann nicht sein, dass Lehrpersonen mit den gleichen Anforderungen und Länge der Ausbildung und einem identischen Abschluss in zwei verschiedene Lohnbänder eingereiht werden.

Auch mit der Aussage, dass Lehrerstellen auf allen Stufen besetzt werden konnten, stimmt nicht mit der Wahrnehmung von Bildung Thurgau überein. Aus den Schulen erhält der Berufsverband regelmässig die Rückmeldungen, dass es schwierig ist, einen Ersatz für ausfallende Lehrpersonen zu finden, geschweige denn einen qualifizierten.

Betreffend Jahresarbeitszeit bedauert Bildung Thurgau, dass in den öffentlichen Äusserungen des Departementes für Kultur und Erziehung die einstimmige Haltung der Delegiertenversammlung von Bildung Thurgau nicht erwähnt wird. Die Delegiertenversammlung ist trotz ihrer klaren Ablehnung des vorgeschlagenen Modells der Jahresarbeitszeit überzeugt, dass die Einführung von Jahresarbeitszeit eine Chance für alle Beteiligten ist und bedauert, dass die sich verschlechternden Rahmenbedingungen im vorgeschlagenen Modell zur Ablehnung derselben führen. Insbesondere die zeitliche Kürzung für das Berufsfeld Unterricht bei immer höher werdenden gesellschaftlichen Anforderungen und Herausforderungen wie Integration, Differenzierung und Individualisierung hat zu dieser klaren Ablehnung innerhalb der gesamten Thurgauer Lehrerschaft geführt. Weitere detailliert aufgeführte Gründe finden sich in der Vernehmlassungsantwort unter www.bildungthurgau.ch. Dass nun auf dem Verordnungsweg ein einzelnes Anliegen der Schulbehörden und Schulleitungen (Erhöhung der Präsenzzeiten für Lehrpersonen) aus der gesamten Vorlage «Jahresarbeitszeit» herausgelöst und umgesetzt werden soll, befremdet sehr und löst Skepsis aus. Der Attraktivität der Lehrberufe muss aus Sicht von Bildung Thurgau Sorge getragen werden.

Bei der Optimierung von Schulgemeindestrukturen und Fusionierungsprozessen darf der Aspekt der Unterrichts-, der Schul- und schliesslich auch der Lebensqualität auf dem Lande nicht vergessen gehen.

5.2.2 Schul- und Unterrichtsqualität

Seite 37: Stand der Arbeit innerhalb der externen Schulevaluation

Bildung Thurgau hofft, dass der erwähnte reduzierte schulseitige Evaluationsaufwand an den Schulen auch spürbar wird. Die Lehrerschaft begrüsst die neuen Fragebogen, bzw. Onlinebefragungen, welche den Schulen auf Anfrage auch für Selbstevaluationen zur Verfügung stehen.

Seite 37: Schulorganisation: Mehrheitlich erfolgreiche Einführung und Festigung der Geleiteten Schule und hohe Zufriedenheit der Lehrpersonen mit ihrer Arbeitssituation

Bildung Thurgau weist einmal mehr darauf hin, dass viele Lehrpersonen ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern als sehr sinnstiftend und bereichernd empfinden. Ein nicht unerheblicher Teil ist aber mit den Rahmenbedingungen nicht im gleichen Masse zufrieden. Dazu gehören die Leistungen der Pensionskasse Thurgau, die schweizweit eine der höchsten Anzahl von Jahrespflichtlektionen, eine dringend nötige Entlastung der Klassenlehrpersonenfunktion und auch der Durchhänger der Besoldungskurve in den vielen mittleren Dienstjahren, welcher gemäss Entscheid der vorberatenden Kommission zukünftig geglättet sein soll. Der Begriff «Arbeitssituation» muss bei einer öffentlichen Verwendung genauer definiert werden.

Aus Sicht von Bildung Thurgau ist es gravierend, dass trotz hoher Kosten bei der Einführung einer zusätzlichen Führungsebene (Schulleitungen), es bei einem Drittel der im letzten Jahr evaluierten Schulen nicht gelungen ist, diese Strukturen erfolgreich einzuführen und zu festigen. In diesen Schulen ist auch die Situation für die Lehrpersonen aus verschiedenen Gründen erfahrungsgemäss meist sehr belastend.

Seite 38: Umgang mit Heterogenität und innere Differenzierung weiterhin als wichtige Themen der Unterrichtsentwicklung

Dass in der Mehrheit der Schulbesuche kaum Ansätze von innerer Differenzierung im Unterricht beobachtbar waren, ist seitens Bildung Thurgau keine Überraschung. Seit Jahren weist der Berufsverband darauf hin, dass für die vermehrt gesellschaftlichen Anforderungen rund um die Individualisierung und Integration, verbunden mit einer erhöhten Heterogenität, die für die Vor- und Nachbereitungen des Unterrichtes nötigen Zeitgefässe fehlen.

Leicht befremdend wirkt die Aussage, dass einzelne Primarschulen die Pausen systematisch deutlich überziehen und so die Unterrichtszeit nicht optimal genutzt wird. Diese Aussage und diese einzelnen Schulen werfen ein sehr schlechtes Licht auf die Lehrerschaft. Diese Rückmeldung muss zwingend bei den jeweiligen Führungsverantwortlichen deponiert werden und hätte von diesen auch registriert werden müssen, bzw. angemahnt werden. Bezüglich Kommunikation hätte aber auch kommuniziert werden können, dass die Mehrheit der Primarschulen die Unterrichtszeit korrekt einhält.

5.3 Herausforderungen

Seite 39: Zusammenarbeit Eltern und Schule

Bildung Thurgau begrüsst das Kapitel Herausforderungen, welches einen kleinen Teil der anspruchsvollen und fordernden Aufgabengebiete von Lehrpersonen zeigt. Besonders die Anforderungen und Belastungen des Unterrichtens einer auch durch die vermehrte Integration immer noch heterogener werdende Schülerschaft und stetig steigenden Erwartungen seitens Eltern, Bildungsverwaltung, Politik und Gesellschaft werden leider nicht aufgezeigt.

Auch ist es eine Tatsache, dass vermehrt Schülerinnen und Schüler zu Hause kein optimales Umfeld und Unterstützung für einen erfolgreichen Schulbesuch vorfinden. Lehrpersonen müssen in den Elterngesprächen oftmals auch die Rolle der Erziehungsberatung übernehmen. Eine doch ansehnliche Anzahl Eltern zeigt sich in ihrer Rolle und Aufgabe verunsichert oder überfordert. Dies hat zur Folge, dass mit einigen Eltern mehrere Gespräche pro Jahr geführt werden müssen.

Bildung Thurgau begrüsst daher den vom Departement für Erziehung und Kultur geplanten Leitfaden.

5.4 Vertiefungsthema

Seite 40 bis 41: Lehrplan 21

Bildung Thurgau begrüsst und unterstützt die Absicht des Kantons Thurgau, der Einführung des Lehrplans 21 einen grossen Stellenwert zu geben. Es ist entscheidend, dass während der Einführungsphase von 2016 bis 2020 die Schulgemeinden auf zusätzliche grössere Entwicklungsvorhaben verzichten und die Entwicklungsvorhaben vor allem auf die Unterrichtsentwicklung bezüglich Lehrplan 21 ausrichten. Die Thurgauer Lehrerschaft dankt dem Departement für Erziehung und Kultur für diese in den letzten Monaten klar formulierten Aussagen gegenüber den Führungsverantwortlichen in den Schulgemeinden.

Bildung Thurgau unterstützt die Aussage nach Lehrplan 21-geeigneten Lehrmitteln vehement. Diese müssen vielfältige Aufgabenformate mit Differenzierungsmöglichkeiten enthalten, die entsprechenden Kompetenzen des Lehrplans ausweisen und Beurteilungshilfen bieten. Angesichts der Tatsache, dass zum Beispiel ein Kind im zweiten Zyklus annähernd 300 neue Kompetenzen zu erarbeiten hat, ist es unumgänglich, dass der Lehrplan nach der nun abgeschlossenen Konsultation kritisch überarbeitet und gekürzt wird.

Bildung Thurgau begrüsst und unterstützt die departementale Haltung, dass der Lehrplan 21 bei den Lehrpersonen kompetenzorientiert eingeführt werden soll und somit die Vorkenntnisse jedes Schulteam und jeder einzelnen Lehrperson bei der Weiterbildungsplanung eine zentrale Rolle spielen. Nur so gelingt eine nachhaltige Umsetzung des Lehrplans 21.

Sekundarstufe II **Statisches Portrait**

Keine Anmerkungen seitens Bildung Thurgau.

6. Mittel- und Hochschulen

Seite 49: Einleitung

Der allgemeine Hochschulzugang mit gymnasialem Maturitätsabschluss ist zentral für die Thurgauer Mittelschulen. Bildung Thurgau unterstützt daher alle Bemühungen, diesen langfristig zu gewährleisten. Wie dies am besten erreicht werden kann, dürften die Meinungen auseinandergehen. Die diskutierte Option von Standards beziehungsweise minimalen Kompetenzen wird in der Lehrerschaft weitgehend abgelehnt. Viele Lehrpersonen glauben nicht an deren Zuverlässigkeit und damit Wirksamkeit. Man vergleiche dazu die Stellungnahmen im Publikationsorgan des VSG, dem „gymnasium helveticum“, welche im Verlauf des letzten und vorletzten Jahres zur Thematik erschienen sind.

Seite 50: Kantonsschule Romanshorn

Ebenso kontrovers sind auch die Meinungen über Schulversuch Matura **KIK** an der Kantonsschule Romanshorn. Insbesondere auf Kritik stiess die Art und Weise, wie das Konzept in der Schulpraxis organisatorisch umgesetzt wurde.

Seite 52: Pädagogische Hochschule Thurgau

Bildung Thurgau weist deutlich darauf hin, dass nicht die Anzahl der Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Thurgau, sondern ein langjähriger Verbleib im Beruf für die Schulen wichtig wäre.

7. Berufsbildung und Berufsberatung

Seite 57: Entwicklung eines Bildungsganges als Ersatz der Anlehre

Auch Bildung Thurgau ortet ebenfalls einen Handlungsbedarf beim erschwerten Zugang zur Berufsausbildung von Sonderschulabgängerinnen und Sonderschulabgängern ohne IV-Anerkennung. Bildung Thurgau interessiert sich für die Frage, wie die Wirtschaft ins Boot geholt werden kann und wie der Zeithorizont einer allfälligen Umsetzung eines Modells «Attest light» aussieht. Nach Ansicht von Bildung Thurgau drängt die Zeit. Die nächsten, sich in dieser Situation befindenden Jugendlichen, verlassen die Volksschule im Sommer 2014.

8. Erwachsenenbildung

Keine Anmerkungen seitens Bildung Thurgau.

9. Ausblick – Themen der Bildungsstrategie

Seite 67: Schwerpunkt Arbeitsplatz Schule

Bildung Thurgau hofft, dass die Arbeitsgruppe mit ihrer Handreichung «Attraktivität im Lehrberuf» zuhanden der Schulleitungen erfolgreicher sein wird, als die im Abschnitt erwähnte Imagekampagne «Beste Schule Thurgau».

Bildung Thurgau weist deutlich darauf hin, dass nicht die Anzahl der Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Thurgau, sondern ein langjähriger Verbleib im Beruf für die Schulen wichtig wäre.

Betreffend Jahresarbeitszeit bedauert Bildung Thurgau, dass die sich verschlechternden Rahmenbedingungen im **vorgeschlagenen Modell** JAZ zur Ablehnung derselben führen. Insbesondere die zeitliche Kürzung für das Berufsfeld Unterricht bei immer höher werdenden gesellschaftlichen Anforderungen und Herausforderungen wie Integration, Differenzierung und Individualisierung hat zu dieser klaren Ablehnung innerhalb der gesamten Thurgauer Lehrerschaft geführt. Weitere detailliert aufgeführte Gründe finden sich in der Vernehmlassungsantwort unter www.bildungthurgau.ch.

Bildung Thurgau dankt dem Regierungsrat, insbesondere Frau Regierungsrätin Monika Knill und allen Mitgliedern des Grossen Rates für ihre Unterstützung zur Verminderung der Belastungssituationen von Lehrpersonen sowie für die konstruktive Zusammenarbeit zugunsten einer qualitativ hochstehenden Thurgauer Schule.

Freundliche Grüsse
Bildung Thurgau



Anne Varenne
Präsidentin

Kopie an:

- Frau Regierungsrätin Monika Knill
- Herr Dr. Paul Roth, Generalsekretär DEK
- Herr Walter Berger, Amtschef AV
- Herr Urs Schwager, Amtschef AMH
- Herr Ueli Berger, Amtschef ABB